

Francos Diktatur soll jetzt in den Schulen behandelt werden

Die spanische Regierung will die Aufarbeitung der Vergangenheit mit einem neuen Gesetz beschleunigen

NZZ, 28.07.2020

UTE MÜLLER, MADRID

Vergangenen Sommer noch, zu Beginn der Legislaturperiode der sozialistischen Regierung von Pedro Sánchez, drehte sich in Spanien alles um die Exhumierung von Francisco Franco. Der Diktator, der durch einen Staatsstreich 1936 an die Macht gekommen war und Spanien bis zu seinem Tod 1975 beherrscht hatte, ist inzwischen umgebettet, von seiner monumentalen Grabstätte im Tal der Gefallenen vor den Toren von Madrid in ein Familiengrab. Jetzt rücken die lange vernachlässigten Opfer der brutalen Unterdrückung während und nach dem Bürgerkrieg in den Vordergrund.

Rund 2500 Massengräber

«Wir schulden ihnen alles, sie gaben ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus, und dank ihnen haben wir heute eine starke Demokratie», sagte Spaniens Vizepräsidentin Carmen Calvo, als sie dieser Tage das Massengrab Pico Reja in der andalusischen Hauptstadt Sevilla

besuchte. Vor sieben Monaten begannen die Ausgrabungen neben dem städtischen Friedhof, und obwohl erst ein kleiner Teil des grossflächigen Areals freigelegt ist, wurden bereits 950 republikanische Opfer gefunden. Die schlimmste Repression erlebte Sevilla 1936, als Francos Truppen die Stadt eroberten. Damals wurden viele Republikaner von den franquistischen Milizen zum Tode verurteilt. Einer von ihnen war Joaquín León, ein republikanischer Lehrer, der – von einem ehemaligen Schüler denunziert – am 22. August 1936 als «gefährlicher Extremist» hingerichtet wurde. Sein gleichnamiger Enkel hofft, dass jetzt wenigstens die sterblichen Überreste seines Grossvaters gefunden werden. Pico Reja ist nur eines der rund 2500 Massengräber, die laut dem Justizministerium über Spanien verteilt sind. Sie sollen die Überreste von 130 000 Opfern aus dem Bürgerkrieg und der Nachkriegszeit enthalten.

Diese vergessenen Opfer endlich zu identifizieren und zu bergen, ist einer der wichtigsten Punkte des neuen Ge-

setzes, an dem die Regierung Sánchez derzeit arbeitet. Es handelt sich um eine Aufdatierung des berühmten «Gesetzes des historischen Gedenkens» (Ley de memoria histórica), das 2007 von der Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero verabschiedet wurde. Auch dessen Grossvater war einst von Franco-Putschisten ermordet worden.

Die letzten Jahre haben freilich gezeigt, dass das Gesetz nicht weit genug geht, nicht zuletzt weil es zumeist die Angehörigen waren, welche die Bergung von Opfern aus eigener Tasche bezahlen mussten. Die Angehörigen waren völlig auf sich alleine gestellt. Für die fehlenden finanziellen Mittel wurde das ursprüngliche Gesetz sogar von den Vereinten Nationen kritisiert. Die Regierung will nun ein offizielles Register für die Opfer ins Leben rufen und eine DNA-Bank, welche die Identifizierung der Opfer erleichtert.

Auch in den Schulbüchern soll die Vergangenheit adäquat aufgearbeitet werden. Bisher wurde das Thema Diktatur weitgehend verharmlost oder erst

gar nicht behandelt. Laura Cruz, eine junge Journalistin, kann dies nur bestätigen. Die Massengräber wurden weder an der Schule noch an der Universität, wo sie Geschichte studierte, angesprochen. Ihre Professorin verteidigte vielmehr die Franco-Diktatur und berief sich dabei auf die akademische Lehrfreiheit.

Eine Petition an Sánchez

«Bis heute wird den Kindern in den Schulen kein Eindruck davon vermittelt, was die Repression wirklich bedeutete», schrieb «El País» unlängst in einem Leitartikel. Doch dieses Wissen sei wichtig als Gegengift gegen jegliches antidemokratische Ansinnen in Spanien, hiess es weiter. Die Tatsache, dass 80 Jahre nach dem Bürgerkrieg noch immer Zehntausende von Republikanern in Massengräbern lägen, sei der Beweis, dass die Wunden aus dem Bürgerkrieg mitnichten geschlossen seien.

Problematisch ist auch, dass die Unterdrückung bis heute mit dem Argu-

ment gerechtfertigt wird, dass auch die Gegenseite Greuelthaten begangen habe. «Das mag während des Bürgerkriegs so gewesen sein, nicht aber in den langen Jahre danach, in denen wir in den Gefängnissen misshandelt wurden und unsere Familien Repressalien ausgesetzt waren», hielt der spanische Schriftsteller Marcos Ana einmal in einem Interview mit der NZZ fest. Der mittlerweile verstorbene Ana verbrachte 23 Jahre in Francos Kerkern und litt dort unter Hunger, Folter und Kälte.

Der Opferverband für die Wiedererlangung des Historischen Gedächtnisses bittet den Ministerpräsidenten Pedro Sánchez nun in einer Petition, die in alle Kasernen und militärischen Gebäude eingemeisselte Inschrift «Todo por la patria» (Alles für das Vaterland) entfernen zu lassen. Es war das Motto der Putschisten, um Tausende von Zivilisten zu ermorden und eine halbe Million Menschen einzukerkern, so die Begründung des Verbandes. Stattdessen solle es fortan überall heissen «Todo por la democracia».